

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/55. Jahrgang

Januar 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

## Waldvernichtung geht weiter

Die im vorigen Echo geschilderte Waldvernichtung bei der Firma *Bieber+Marburg* ist nicht die einzige in Gießen drohende Flächenversiegelung. Auch die am Watzenborner Weg gelegene Firma *Faber und Schnepf* will sich vergrößern und dafür Wald abholzen. Die Fläche liegt zwischen dem Watzenborner Weg und dem Gießener Ring. In Presseberichten wird der dort vorhandene Wald abfällig als „Straßenbegleitgrün“ bezeichnet. Als angeblicher ökologischer Ausgleich soll eine Fläche bei Wieseck aufgeforstet werden. Wie im Fall *Bieber+Marburg* ist das kein wirklicher Ausgleich, die ausgewählte Fläche ist nicht versiegelt und ökologisch nicht wertlos.

Wenn es um globale ökologische Probleme wie Klimaerwärmung und Artenschwund geht, erwarten die Industrieländer immer wieder von den weniger entwickelten Gebieten, dass dort zum Erhalt der Natur auf Abholzungen verzichtet wird, Ökologie soll vor Ökonomie gehen. In den kapitalistischen Industrieländern gehen aber weiterhin Wachstum und Profit über alles andere, die relativ kleinen Gießener Betriebe sind da nur ein Beispiel.

Gernot Linhart



|                                                                           |      |
|---------------------------------------------------------------------------|------|
| <b>Kall, mei Drobbe:</b> Nasse Füße, Tote Hose in Gießen                  | S. 2 |
| <b>Verkehrsversuche:</b> Mehr Tempo für Autos                             | S. 3 |
| <b>Wie Medien Meinung machen</b>                                          | S. 4 |
| <b>Koalition in Hessen</b>                                                | S. 5 |
| <b>Steueranteil der Städte und Gemeinden, Aus 50 Jahren Gießener Echo</b> | S. 6 |
| <b>Krieg in Gaza</b>                                                      | S. 7 |
| <b>Termine, Echo-Rätsel</b>                                               | S. 8 |

## Dauerbaustelle UKGM

Am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) hat eine Tarifrunde begonnen. Die Gewerkschaft ver.di fordert 11% mehr Lohn, mindestens aber 600 Euro mehr pro Monat. Mit einer Kundgebung bekräftigten die Beschäftigten die Forderung. Die Geschäftsleitung strebt einen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 25 Monaten an. Angesichts der nicht voraussehbaren Inflation ist das nicht hinnehmbar.

Im Kampf zur Durchsetzung eines Entlastungstarifvertrages im Frühjahr 2023 hat das Klinikpersonal seine Kampfbereitschaft ge-

zeigt. Die Verhandlungen sollen erst am 29. Januar fortgesetzt werden.

Am Standort Marburg hat der Betriebsrat wieder einen Brandbrief an die Landesregierung abgeschickt. Grund ist die unzumutbare Belastung der Beschäftigten und der Umgang der Geschäftsleitung mit Entlastungsanzeigen. Wahrscheinlich wären Aktionen wirksamer als Briefe.

Optimisten hätten annehmen können, dass die SPD bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU

Fortsetzung auf S. 2

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

darauf dringt, die Privatisierung des UKGM rückgängig zu machen. Aber zu mehr als einer Rückkaufoption hat es nicht gereicht. Falls der Be-

treiber Asklepios die Kliniken eines Tages profitabel loswerden will, weil er genug daran verdient hat und eine Wertsteigerung nicht mehr zu

erwarten ist, steht das Land als Geschäftspartner zur Verfügung.

Gernot Linhart

## Kurz und Gießen

Kall,  
mei Drobbe!



### Nasse Füße

Wieseck und Lahn sind – wie jedes Jahr – überflutet. In den letzten Jahren wurden Hochwasser-Warnschilder von der Stadt aufgestellt. In diesem Winter wird der Fußgänger nicht vorgewarnt,

bis ihm das Wasser bis zum Hals steht. Warum soll es ihm auch besser gehen als den Radfahrern, deren Sicherheit von der Stadtregierung in den Teich gesetzt wurde?

### 24.12. – Tote Hose in Gießen

„Zielkonzept Stadtbuss 2023+“ heißt hochtrabend das Buskonzept, welches das Stadtparlament 2022 bei den Stadtwerken in Auftrag gab. Am Vorweihnachtsabend wurden – wie jedes Jahr – um 17 Uhr die Motoren abgestellt. Wer vom Dienst in der Klinik kam, andere Menschen besuchen oder in der Stadt feiern wollte, hatte Pech. Ruhet in Frieden, liebe Gießener!

Der Fahrgastbeirat der Stadt Gießen fordert seit Jahren ein Umdenken für diesen Tag.

## Wunderliche Sozialpolitik

OB Becher als  
Glücksfee auf dem  
Wochenmarkt

Heidt-Sommer  
als Nikoläusin

aus: Gießener Anzeiger

## SPD-Politik glaubt an Weihnachtswunder

M.B

## Städtische Pläne gehen selten auf – warum?

Wieder bastelt die Stadt am Zufluss für den Schwanenteich herum.

2013 wurde er zum ersten Mal für die Landesgartenschau „verbessert“.

Jetzt wird der Zufluss mit einem riesigen Rohr vergrößert, um ein städtisches Projekt „Nebengerinne der Wieseck“ zu realisieren. Es soll dem Hochwasserschutz dienen. Dafür wurden 50 Bäume gefällt. Ob in Zukunft genug Wasser den Bach hinab fließt, ist ungewiss.

Der Gießener Bevölkerung wird bis März 2024 ein Weg gesperrt. Ob dabei, wie bei der Landesgartenschau, Stacheldraht zum Einsatz kommt, ist nicht sicher.

Gegenwärtig ist der Schwanenteich-Pegel abgesenkt. Dies könnte genutzt werden, um den Dammweg schonend zu sanieren.

Inzwischen wurde dieser Weg sogar von einer Holzernemaschine befahren.

**Die Sperrung des Spazierweges muss umgehend aufgehoben werden!**



Tatort 2013: Zufluss am Schwanenteich, verendende eingesperrte Fische

# Solidarität hilft siegen – So lohnt sich Stadttheater

Die „Vorstadtkrokodile“ von Max von der Grün aus dem Jahr 1976, eines der wenigen deutschen Kinderbücher, das im Lebensbereich der Arbeiterklasse spielt, wird seit November vom Stadttheater in erneuertem Gewand, aber mit ursprünglichem Inhalt aufgeführt. Es wird von den Schauspielerinnen und Schauspielern mit viel Schwung auf die Bühne gebracht:

## Vorstadtkrokodile

Im Stück geht es um die Entwicklung von Solidarität innerhalb einer Jugendbande, zwischen einem Behinderten und der Gruppe, es geht um den Kampf gegen Ausgrenzung und um viel persönlichen Mut und um Freundschaften. Zwischendurch spielt sich eine Räubergeschichte mit Folgen ab. Am Schluss kommt es zum Kampf der Krokodile gegen den Abriss der alten Ziegelei, die

einem Neubau weichen soll.

Das Stück demonstriert beispielhaft, wie gegen Wohnungsspekulation und eine jugendfeindliche Kommunalpolitik vorgegangen werden muss. Sehr empfehlenswert für Kinder und Jugendliche sind die Vorstellungen, die noch bis Mitte 2024 im Stadttheater laufen.

Link zum Stadttheater:

<https://stadttheater-giessen.de/de/veranstaltungen/stuecke/vorstadtkrokodile/>

## Verkehrsversuche: Mehr Tempo für Autos

Neben dem abgewürgten Verkehrsversuch am Anlagenring gibt es ständig kleinere Versuche, bei denen Vorfahrtsregelungen, Geschwindigkeitsbegrenzungen und Ähnliches vorübergehend erprobt werden. Zwei Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h wurden jetzt wieder aufgehoben. In der Sudetenlandstraße kreuzen vor und hinter einer Eisenbahnunterführung viele Radfahrer und Fußgänger die Straße. Wegen einer Kurve ist die Situation an dieser Stelle unübersichtlich. Die Geschwindigkeitsbegrenzung machte den Verkehr an dieser Stelle eindeutig sicherer für alle Verkehrsteilnehmer. Polizei und Verkehrsbehörde sahen das aber anders, die Kraftfahrzeuge dürfen dort jetzt wieder mit 50 km/h

die nicht motorisierten Menschen erschrecken. Es hat noch keine Toten oder Schwerverletzten gegeben – das ist das Kriterium.

Noch absurder ist die Lage an der Rathenaustraße. Dort hat sich

Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h aufgehoben, nur an der Haltestelle blieb sie erhalten. Jetzt dürfen die Kraftfahrzeuge mit 50 km/h an die Haltestelle heranfahren, müssen dort kurz bremsen, können dann wieder beschleunigen, um kurz vor dem Kreisverkehr wieder zu bremsen.

Im Sommer hatte der Bundestag eine Änderung der Straßenverkehrsordnung beschlossen. Den Städten und Gemeinden sollte es einfacher gemacht werden, Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer einzuführen. Im Bundesrat haben die CDU-geführten Länder die Änderung gestoppt. Sie wollen neu verhandeln, um mehr freie Fahrt für Autos zu gewähren. G.L.



der Kurzzeitbürgermeister Neidel (CDU) ein unrühmliches Denkmal gesetzt. Die Straße, an der die Universität eigentlich eine verkehrsberuhigte Zone gestalten wollte, wurde mehrspurig ausgebaut. Obwohl sich auf der etwa 250 Meter langen Strecke zwei ungeregelte Übergänge für Radfahrer und Fußgänger und eine Bushaltestelle befinden, wurde die

## Jahresabschluss der DKP Gießen mit Ehrungen

Volles Haus im Chamäleon! Darüber freute sich der Kreisvorstand der Gießener DKP mit Martina Lennartz und Henning Mächerle. Mit einem fotografischen Rückblick auf das Jahr 2023 wurde der Abend eröffnet:

Teilnahme an Demonstrationen, fast jeden Monat ein Infostand im Seltersweg, engagierter Landtagswahlkampf, regelmäßige Mitgliederversammlungen, viele Veranstaltungen und im September ein gut besuchtes Sommerfest mit Workshops, Musik und Lagerfeuer. Das waren nur einige der Höhe-

punkte.

Im Jahr 2023 konnte die Gießener DKP einige neue Mitglieder aufnehmen; dies macht sich auch in der Arbeit positiv bemerkbar. Vom Kreisvorstand wurden anschließend

für 50-jährige Mitgliedschaft geehrt: Helmut Appel, Erika und Michael Beltz, Ute und Dieter Bender, Mario Berger, Axel Brück, Hermann Fredersdorf, Gernot Linhart und Egon Momberger. Anschließend wurden

weitere Genossinnen und Genossen für langjährige Mitgliedschaft geehrt. Besonders erfreut zeigten sich die Anwesenden über die Teilnahme vieler SDAJ-Mitglieder, die nach einer Tagung in Gießen im Chamäleon den Abend ausklingen ließen.



# Das betreute Denken – oder wie Medien Meinung machen

Wie wir über eine Sache denken, hängt auch davon ab, wie wir eine Information erhalten. Denn derselbe Sachverhalt kann unterschiedlich beschrieben werden. Jeder kennt das Beispiel vom „halb vollen“ oder dem „halb leeren“ Glas. Dies ist zwar objektiv das Gleiche, allerdings beinhaltet die Beschreibung bereits eine Wertung und emotionale Färbung.

Nun kennen wir aus den Medien

Wendungen, die uns immer wieder im gleichen Wortlaut begegnen und den Eindruck von Kampagnen erwecken. Beispiel „Friedensbewegung“ und „Friedensdemo“: Begriffe, die in der Vergangenheit medial neutral bis leicht positiv besetzt waren. Die „Zeitenwende“ bewirkte eine radikale Änderung. Seit der (indirekten) deutschen Kriegsbeteiligung setzen Mainstreamjournalisten die vorgenannten Begriffe in An-

führungszeichen und versehen sie mit dem Attribut „umstritten“. Dazu kommen dann Begriffe wie „rechts-offen“ oder „Putin-Versteher“. Die Verwendung der offiziellen Formel „russischer Angriffskrieg“ gerne ergänzt durch „unprovokiert“, „brutal“ oder „barbarisch“ wird erwartet, Zuwiderhandlung bewirkt Maßregelung am medialen Pranger.

Auf diese Weise setzen Medien einen „Deutungsrahmen“, die Psychologie spricht vom *Framing-Effekt*. Gewollt ist eine emotionale Aufladung und Moralisierung.

Werden diese Begriffe häufig wiederholt (*wording* oder im Falle stark negativ konnotierter Bezeichnungen *name giving*), brennen sie sich inklusive der gewünschten Deutung und zugehöriger Emotion ins Bewusstsein.

Dass diese Art der Propaganda wirksamer ist als platte Behauptungen oder blanke Lüge, dürfte einleuchten. *Framing* und *Wording* können als probates Mittel zur Emotionalisierung des Diskurses angesehen werden. Eine rationale Auseinandersetzung mit Sachargumenten wird dadurch erschwert.

M. Drees



## Nachgehakt – wie Sprache Meinung formt

### Nicht „sozial Schwache“, sondern „finanziell Be- nachteiligte“

Oft werden arme Menschen als „sozial Schwache“ bezeichnet, obwohl es keinen Zusammenhang zwischen Einkommen eines Menschen und dem zur Verfügung stehenden Vermögen auf der einen und der sozialen Kompetenz auf der anderen Seite gibt. Treffender hier ist die Bezeichnung „finanziell Benachteiligte“.

Der Begriff „sozial Schwache“ für Arme impliziert, dass ein Mensch mit wenig Geld soziale Probleme schürt oder besitzt. Deshalb kann der Begriff als diskriminierend und menschenverachtend verstanden

werden. Die Beschreibung „sozial schwach“ für ärmere Menschen suggeriert, dass sie auf Kosten der Allgemeinheit leben. „Sozial“ wird hier mit finanzieller Beteiligung an der Allgemeinheit gleichgesetzt.

„Sozial“ im eigentlichen Sinne sind jedoch Menschen mit Eigenschaften wie Hilfsbereitschaft, Fürsorglichkeit und Altruismus. „Sozial schwach“ im Wortsinn sind hingegen jene, denen das Leid anderer egal ist, also Menschen mit grenzenlosem Egoismus, ausgeprägtem Kosten-Nutzen Kalkül und einem Verhalten, das andere Menschen zur Profitmaximierung ausbeutet.

„Sozial schwach“ verschleiert die gesellschaftlichen Gründe dafür, arm zu sein, bzw. zu werden.

Es erzeugt den Eindruck, dass den Betroffenen der Zugang zu den Fleischtöpfen der kapitalistischen Gesellschaft aufgrund eigenen Unvermögens verwehrt bleibe, es also ihre eigene Schuld sei. Die strukturellen Bedingungen eben dieser Gesellschaft und der daraus resultierenden Armut werden ausgeblendet.

Muss man sich nun schämen, wenn man mal „sozial Schwache“ gesagt hat oder sollte man sich als Sprachpolizei aufspielen, wenn jemand anderes es ohne Arg tut? Wohl nicht. Wer sich aber treffen-der ausdrücken möchte, sollte hier einen Ansatz dazu gefunden haben.

# Koalition in Hessen – Vorbereitung der konservativen Wende

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Hessen steht. Die CDU hatte keine Probleme mit dem Vertrag, bei der SPD gab es ein wenig Kritik. Juso-Landeschef Lukas Schneider beklagte den künftigen Kurs in der Migrationspolitik. Kritik gab es in diesem Zusammenhang auch am Bekenntnis des Vertrags zum dreigliedrigen Schulwesen.

Auch die SPD macht das beliebte Spiel mit, die Flüchtlinge seien schuld an allem: Krankenhaussterben, Medikamentenmangel, Zerstörung industrieller Arbeitsplätze, dem schlechten Schulsystem usw. Nicht etwa die verfehlte Politik der „bürgerlichen Mitte“.

Nancy Faeser reagierte auf die Kritik typisch sozialdemokratisch. Die Koalition mit der CDU sei „keine Liebesheirat, sondern eine Verantwortungsgemeinschaft in schwerer Zeit“.

Der Koalitionsvertrag ist wie andere Verträge dieser Art eine Ansammlung von Allgemeinplätzen und unbestimmten Formulierungen. Investitionen in Bildung und Infrastruktur werden angekündigt. Ebenso wie die Förderung frühkindlicher Bildung. Aber wie das genau aussehen soll, bleibt offen.

Von Bedeutung ist jedoch weni-

ger der Vertrag, als vielmehr eine weitere Rechtsentwicklung in der BRD.

Dem rechten Flügel der CDU um Friedrich Merz, AfD und Teilen der FDP gelang es mit einer Kampagne gegen die Grünen linke Positionen generell zu diskreditieren. Wobei weder die Grünen, noch die SPD etwas mit linken Positionen zu tun haben. Für Teile der Bevölkerung ist die aktuelle Politik trotzdem eine linke Politik. Die Schwäche einer antikapitalistischen Linken hat dazu

geführt, dass die Menschen keine Ahnung davon haben, was linke, antikapitalistische Politik ist. Die Rechtsentwicklung innerhalb der SPD wird durch diese Koalition weiter vorangetrieben. Boris Rhein gehört zu dem Teil der CDU, der ohne die AfD regieren will. Aber die SPD ist zu schwach, um der CDU auf Bundesebene eine Mehrheit zu sichern. Die AfD bleibt also die zukünftige machtpolitische Option der Merz-CDU.

Henning Mächerle



## Kriegstüchtig – nie wieder!

Rüstungsminister Pistorius (SPD) will Deutschland *kriegstüchtig* machen. Noch vor wenigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass ein deutscher Politiker so eine Absicht öffentlich äußert, aber inzwischen gab es ja eine Zeitenwende. Die Bundeswehr soll massiv aufgerüstet und die Waffenproduktion gesteigert werden. Natürlich werden auch mehr Soldaten gebraucht, dazu ist die Wiedereinführung der Wehrpflicht im Gespräch. Möglichst viele Armee-Einheiten und Waffen sollen nahe an der russischen Grenze stationiert werden.

Das widerspricht dem Grundgesetz und dem 2+4-Vertrag, mit dem der Anschluss der DDR erreicht wurde. In diesem Vertrag versicherte

die Bundesrepublik der Sowjetunion dauerhafte friedliche Zusammenarbeit. Die Sowjetarmee zog sich deswegen freiwillig aus Deutschland zurück – im Gegensatz zur US-Armee, die noch hiesige Stützpunkte

unterhält. Über die Naivität der damaligen sowjetischen Politiker kann man sich nur wundern.

Statt aggressiver und lebensgefährlicher Kriegstüchtigkeit bräuchte Deutschland endlich Funktionsfähigkeit. An der fehlt es an allen Ecken und Kanten. Egal ob Bildungssystem, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Katastrophenschutz, Bahn und Post, klimaneutrale Energieversorgung – überall gibt es riesigen Investitionsbedarf. Für das Kapital ist Krieg und Rüstung profitabler. Deswegen wird dauerhafter Friede ohne Klassenkampf nicht zu erreichen sein.

Gernot Linhart



# Was die DKP schon lange weiß

„Es ist etwas faul in unserem Staat...es ist etwas grundsätzlich verkehrt im Finanzaufbau unseres Staates“ (Link zum Artikel: <https://www.giessener-allgemeine.de/kreis-giessen/rathaeusern-warnsignale-aus-den-92703085.html>). So beurteilt nach einem Bericht in der *Giessener Allgemeinen* Burkhard Steinz (CDU), Bürgermeister in Heuchelheim, die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden. Fast alle Gemeinden im Kreis schließen ihre Haushalte mit roten Zahlen ab, sie müssen Grund- und/oder Gewerbesteuern erhöhen oder, falls vorhanden, auf Rücklagen zurückgreifen. **Im Giessener Echo war diese Einschätzung schon vor mehr als 50 Jahren zu lesen.** Weniger als 10% der Steuereinnahmen gehen direkt an die Kommunen, sie haben aber mehr als die Hälfte aller

## Wir fordern:

1. Der Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen muß zunächst auf 18 %, dann auf 20 % und später weiter dynamisch erhöht werden.
2. Damit mehr Mittel für die Gemeinden frei werden:
  - a) Veränderung der Ausgabenstruktur beim Bundesetat. Jährliche Kürzung der Rüstungsausgaben um 15 %, zunächst bis zur Halbierung.
  - b) Höhere Besteuerung der Großvermögen und Millionen-einkommen, Beseitigung der Steuerprivilegien und Subventionsgeschenke für das Großkapital und die Konzerne. Zugleich ist das Prinzip der Preiskontrolle durch Gewerkschaften und Verbraucherverbände durchzusetzen, um die Öffentlichkeit gegen die Versuche alarmieren zu können, Steuern über höhere Preise auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Aus dem Wahlprogramm der DKP Gießen zu den Kommunalwahlen in Gießen Oktober 1972

öffentlichen Investitionen zu finanzieren. Außerdem werden sie durch Bundes- oder Landesgesetze zu immer mehr Aufgaben verpflichtet. Für Finanzzuweisungen aus der Landeskasse müssen sie umfangreiche Anträge und später Rechenschaftsberichte erstellen.

Von der im Grundgesetz geforderten Selbstverwaltung der Städte

und Gemeinden kann keine Rede sein, sie liegen an einer kurzen Leine. In Bund und Ländern regieren in der Regel die gleichen Parteien wie in den Kommunen, viele Politiker begannen ihre Karriere in der Kommunalpolitik. Trotzdem wurde in Jahrzehnten das falsche System der Steuer- und Aufgabenverteilung nie infrage gestellt. Die DKP hat schon 1972 in ihrem ersten Programm zur Kommunalpolitik gefordert, den Steueranteil der Städte und Gemeinden schrittwei-

se auf 20% zu erhöhen. In diesem Programm könnten Kommunalpolitiker wie Bürgermeister Steinz neun weitere Anregungen finden, wie die Lage der Städte und Gemeinden grundlegend verbessert werden könnte, um dem Grundgesetz endlich gerecht zu werden.

G.L.

## Aus 50 Jahren Giessener Echo

Vor **50 Jahren** kamen 2.500 Giessener Schülerinnen und Schüler in die Kongresshalle, um die Erprobung der hessischen Rahmenrichtlinien zur Schulpolitik einzufordern. Aufgerufen hatten verschiedene fortschrittliche Jugend- und Schülerorganisationen. Die SPD-Landesregierung hatte einige der Forderungen dieser Organisationen in die Richtlinien aufgenommen. Die CDU hetzte in der Presse heftig gegen diese Veranstaltung.

Vor **40 Jahren** fragte das Echo, ob der damalige Stadtkämmerer Jost (SPD) noch ganz bei Trost sei. Er hatte kurz vor der Abstimmung im Stadtparlament eigenhändig heftige Kürzungen im Haushaltsplan vorgenommen. Gekürzt wurde bei Jugend- und Frauenarbeit, Lehr- und Lernmitteln und Zuschüssen zu Vereinen und Verbänden.

Vor **30 Jahren** baute der CDU-Magistrat Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung ab. Die Gewerkschaft ÖTV (jetzt ver.di) wies darauf hin, dass in den zwei Jahren zuvor bereits

68 Arbeitsplätze gestrichen worden waren. Die damaligen Kürzungen machen sich zum Teil heute noch bemerkbar, z. B. im Jugendamt.

Vor **20 Jahren** stimmte das Stadtparlament dem Bau der Galerie Neustädter Tor zu. Zum Studieren des Bebauungsplans hatten die Stadtverordneten weniger als einen Tag Zeit. Alle Einwände wurden abgelehnt. Nach Aussage von Stadtbaurat Rausch (CDU) hätte die Berücksichtigung jedes einzelnen Einwands das Gesamtvorhaben

gefährdet.

Vor **10 Jahren** erhöhten die Stadtwerke die Fahrpreise um ca. 2,5%. Damit wurden zum zweiten Mal hintereinander die Tarife stärker erhöht als die Löhne. Diese Politik wurde in den Folgejahren fortgesetzt, auch jetzt wieder. Obwohl in Gießen Parteien regieren, die nach ihren Wahlprogrammen den öffentlichen Nahverkehr fördern wollen, tun sie mit ihrer Tarifpolitik das Gegenteil.

G.L.

## Leserbrief

Den Wert eines Systems erkennt man daran, wie es mit seinen Schwachen, Armen, Alten und Kranken umgeht.

Auch im nächsten Januar werden wir wieder in einer kleinen Notiz lesen können, dass auch im abgelaufenen Jahr die Reichen reicher, die Armen ärmer und ihre

Anzahl zugenommen hat.

Dabei spielt es keine Rolle, ob sogenannte Christen oder sogenannte Soziale Regierung spielen.

Und wieder wird es achselzuckend hingenommen und löst keinen Denkprozess aus.

Wolfgang Seibt

# Krieg im Gazastreifen – ein weiterer Stellvertreterkrieg

Der Krieg zwischen Israel und der Hamas dauert mittlerweile über 80 Tage an. Offizieller Anlass war ein großangelegter Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober. Nach Angaben des österreichischen Rundfunks wurden bei diesem Angriff rund 1.140 Menschen getötet und rund 250 weitere als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.



Bild: farsnews, aus UZ, 22.12.2023

Der darauf folgende Angriff der israelischen Armee verwandelte den Gazastreifen in ein Trümmerfeld. Nach Schätzungen hat Israel bereits 60% der Häuser im Gazastreifen zerstört oder beschädigt und den größten Teil der zivilen Infrastruktur zerstört.

Zu der Zahl der palästinensischen Opfer im Gazastreifen berichtet der Bayerische Rundfunk: „Nach Angaben der von der Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörde sind bisher mehr als 20.600 Menschen getötet und mehr als 54.500 verletzt worden. Die Zahlen lassen sich nicht unabhängig überprüfen – bei vergangenen Konflikten erwiesen sich die palästinensischen Opferzahlen jedoch als valide.“

Warum halten die USA trotz der Angriffe auf die Bevölkerung des Gazastreifens uneingeschränkt an ihrer Unterstützung für Israel fest? Die USA führen seit dem Golfkrieg 1990–1991 im Nahen Osten ununterbrochen Krieg. Israel ist der einzige verbliebene Verbündete der USA in der Region.

Die Angriffe auf Schiffe im Roten Meer durch die Huthis bezeichnet der Nationale Sicherheitsberater der USA, Sullivan, als "Bedrohung nicht nur für Israel, sondern für die gesamte internationale Gemeinschaft (...)". Zwölf Reedereien haben die Passage durch das Rote Meer bereits gestoppt. Ab Januar 2024 wird mit einer Beeinträchtigung der weltweiten Lieferketten gerechnet. Für

Sullivan ist klar, dass hinter den Huthis der Iran steht. Der Krieg in Gaza entwickelt sich zu einem weiteren Stellvertreterkrieg wie der Krieg in der Ukraine. Er ist Teil eines globalen Krieges, den die USA gegen ihren Abstieg führen.

Henning Mächerle



## Rosa-Luxemburg-Konferenz 13.1.2024 in Berlin

Das komplette Konferenzprogramm ist im Livestream am Tag der Veranstaltung ab 11 Uhr kostenfrei und ohne Voranmeldung zu sehen:

<https://www.jungewelt.de/rik/>

## Spendenaufwurf für Gaza

### Helft den Zivilisten in Gaza!

Seit Oktober wird die Zivilbevölkerung in Gaza von dem israelischen Militär bombardiert. Zehntausende Häuser, Krankenhäuser, Schulen, Bäckereien, Hochhäuser und die gesamte Infrastruktur sind zerstört und dem Boden gleichgemacht. Zwei Millionen Menschen sind auf der Flucht. Kein Brot, keine Medikamente, kein Wasser, kein Strom und keine Internetverbindung im gesamten dichtbesiedelten Gaza-Streifen. Die Krankenhäuser werden auf Druck der israelischen Armee geschlossen und bombardiert.

1,2 Mio. Menschen werden aufgerufen, ihre Häuser zu verlassen und nach Süden zu flüchten. Dort werden sie erneut bombardiert. Es droht eine zweite Nakbah wie 1948.

Die internationale humanitäre und medizinische Hilfe darf nicht nach Gaza transportiert werden. Wir bitten Sie / euch um Hilfe. Wir bitten um Spenden für die Zivilbevölkerung. Antibiotika, Blutdruckmedikamente und Blutverdünnungsmittel, die über 1 Jahr haltbar sind, können auch an uns geschickt werden.

### Bankverbindung:

Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft e.V. (DPMG – gemeinnützig)  
Postbank Dortmund  
Konto-Nr.: 999511461  
BLZ: 44010046  
IBAN: DE48 4401 0046 0999 5114 61  
BIC: PBNKDEFF  
**Stichwort: GAZA**  
Spendenbescheinigung ab 100 Euro

Vielen Dank für eure Hilfe!





## Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Sa. 13.1. / So. 14.1.:**

Rosa-Luxemburg-Konferenz  
und Lenin-Luxemburg-  
Liebknecht-Demo in Berlin –  
Mitfahrgelegenheit unter  
[giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Fr. 19.1. ab 19 Uhr:**

Stammtisch DKP GI,  
Chamäleon, Reichensand 9

**Mi. 24.1.:**

Redaktionsschluss Feb.-Echo

**Do. 25.1. um 19 Uhr:**

Gruppenabend / MV DKP GI,  
Winchester-Zi., Kongresshalle

**Sa. 3.2. ab 10:30 Uhr:**

Kundgebung / Infostand DKP GI,

**Do. 15.2. um 18 Uhr:**

Bildungsabend der DKP,  
Ederstr. 16

**Sa. 24.8.:**

UZ-Friedensfest in Berlin

**Sa. 31.8. ab 15 Uhr:**

Sommerfest der DKP Gießen

## Unterstützungsunterschrift für die DKP zur EU-Wahl 2024

Wir werden die Einzigen sein, die die **Friedensfrage** konsequent in den Mittelpunkt stellen. Auch all diejenigen, die **gegen die Abwälzung der Krisenlasten und Kriegskosten** auf die kleinen Leute sind, müssten DKP wählen. Weitere Gründe, seine Stimme den Kommunisten zu geben, sind der erschreckende **Demokratieabbau und die Zunahme von Repressionen**.

Also Formular runterladen, beidseitig ausdrucken, ausfüllen, unterschreiben und bis spätestens 1. Februar an die DKP senden.

Hier der Link zum Herunterladen

des Formulars und eine Anleitung zum Ausfüllen:

<https://giessen.dkp.de/eu-wahlen-2024-unterstuetzungsunterschrift-fuer-die-dkp/>

**EU-Wahl am 9. Juni 2024**

  
**DKP**  
**wählen**

## Gießener Echo

**Hrsg.:** Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

**Bezugsgebühren:** 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

**Konto:** IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

**Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.**

**Rückmeldungen + Leserbriefe an:** Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)  
Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)

**Bitte Abogebühren bezahlen! Da die Druckkosten wieder gestiegen sind, benötigen wir bitte dringend Spenden, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können.**

## Echo-Rätsel

Oh je! Im rechten Bild ist der Klassenfeind über unseren Infostand hergefallen und hat eine unbekannte Zahl von Fehlern eingebaut! Rasch, schnappen Sie sich eine Lupe und entlarven Sie die Fakes!

Die ersten zehn richtigen Einsendungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de) gewinnen!

